

Rasender Stillstand – Gesundheits- und Sozialpolitik ohne Vision?

Auch wenn der Essay des französischen Architekten und Schriftstellers Paul Virilio den drohenden Endzustand einer gewaltigen Beschleunigung einer Gesellschaft beschreibt, die zwar Zeit und Raum beherrscht, aber damit an der Auslöschung ihrer selbst arbeitet, lässt sich die Metapher vom rasenden Stillstand durchaus verwenden, um die Visions- und Ziellosigkeit der gegenwärtigen Gesundheits- und Sozialpolitik in Deutschland zu charakterisieren. Man kann dem Gesetzgeber der abgelaufenen Legislaturperiode vieles attestieren, nicht aber, dass er faul gewesen sei. Krankenhausreform, Selbstverwaltungsreform (von Stärkung wollen wir hier nicht sprechen), mehrere Pflegereformen, Präventionsgesetz, Mindestlohn, Rente mit 63 und vieles mehr kennzeichnen eine auf den ersten Blick ertragreiche Schaffensperiode. Und doch bleibt diese seltsam blass, will sich doch keiner der Partner in der Großen Koalition laut zu seinen „Erfolgen“ bekennen. Dies kann auch daran liegen, dass keine dieser Vorhaben eine nachhaltige Lösung der hinter den Schlagworten stehenden Probleme bewirkt hat und eine längerfristige Stabilisierung der sozialen Lage verspricht. Vor allem aber zeigt es die Mutlosigkeit dieser Politik, größere und periodenübergreifende Reformen anzustoßen. Dies gilt beispielhaft für die Überwindung der längst überholten Trennung der Krankenversicherungs- und Krankenversorgungssysteme oder für die Sicherung einer angemessenen Altersversorgung für alle Menschen. Es reicht halt nicht aus, der eigenen Ideologie aufzusitzen, die Überlegenheit der privaten Vorsorge zu preisen und auf Wunder in der Finanzwirtschaft zu hoffen.

Zwar lässt sich durchaus erkennen, dass Gesundheits- und Sozialpolitik im letzten Jahrzehnt ideologieärmer und pragmatischer geworden ist, doch sind bestimmte Mythen – wie die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Sozialabgaben – nicht auszurotten, auch wenn Hartmut Reiners in einem lezenswerten Beitrag in diesem Heft die positiven Wirkungen von Sozialabgaben auf die Wirtschaft gegen den herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream belegt. Ähnlich hartnäckig hält sich die Behauptung, der Zusatzbeitragssatz einer Krankenkasse spiegele die Fähigkeiten des Kassenmana-

gements wieder. Dietzel und Krumm widersprechen solchen Selbstbeweihräucherungen, von wem sie wann auch immer aufgestellt wurden und werden. Ihre Erkenntnisse sollten zu weiteren empirischen Nachforschungen zu den Wirkungen des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs anregen – ein Thema, das „Gesundheits- und Sozialpolitik“ bereits mehrfach beschäftigt hat. Dagegen sind die Beiträge von Langer/Kunow zu den Härtefallregelungen in der GKV und von Braun/Dietrich zu den Mutter-Väter-Kind-Kuren weitgehend Neuland, mit dem sich Politik, Wissenschaft und Praxis intensiver auseinandersetzen sollten. Dies gilt auch für die Artikel von Bracke/Grüttner-Scarfone zum Entlassmanagement im Krankenhaus sowie von Korporal/Dangel zur pflegerischen Rehabilitation, deren Themenkomplexe schon länger in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion sind.

Kein gutes Haar lässt der emeritierte Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge an der sozialpolitischen Bilanz der Großen Koalition. Speziell die SPD bekommt – wie immer – ihr Fett weg; ihr Spitzenkandidat Martin Schulz wird auf der untersten Stufe der sozialpolitischen Glaubwürdigkeit festgenagelt. Damit ich nicht missverstanden werde: Butterwegges Analysen zu sozialen Fehlentwicklungen sind ebenso präzise wie zutreffend, seine Beschreibungen der Herausforderungen überzeugend. Sein SPD-Bashing zeugt jedoch von enttäuschter Liebe und einem parteipolitischen Feindbild, für das es viele Vorbilder in der politischen Linken gibt.

Wenn dieses Heft von „Gesundheits- und Sozialpolitik“ erscheint, haben die Wählerinnen und Wähler ihr Urteil über die bisherige Koalition gesprochen. Vielleicht werden die Karten neu gemischt, und neue Ansätze kommen zum Tragen. Der Blick in die Wahlprogramme lässt dazu wenig Überraschendes und Spannendes erkennen. Eins ist jedoch klar, ein bloßes „Weiter so!“ wird in Zeiten des rasenden Stillstands nicht genügen, die absehbaren und noch nicht erkennbaren Herausforderungen an unser Politikfeld zu meistern.

Franz Knieps